

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Ulrich Oehme, Markus Frohnmaier und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/24718 –**

Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Namibia – Versorgungslage der Bevölkerung in den Sektoren Wasser, Nahrung und Energie

1. Hat die Bundesregierung aus ihrer Entwicklungszusammenarbeit Kenntnisse über die Trinkwasservorräte sowie den Versorgungsgrad der Bevölkerung mit Trinkwasser in der Republik Namibia zum gegenwärtigen Zeitpunkt, und wenn ja, welche?
2. Wie werden sich nach Einschätzung der Bundesregierung, unter Berücksichtigung einer langfristig definierten Entwicklungszusammenarbeit und der damit verbundenen notwendigen Voraussetzungen (Theorie des Wandels), die Trinkwasservorräte sowie der Versorgungsgrad der Bevölkerung mit Trinkwasser in der Republik Namibia bis zu den Jahren 2030, 2040, 2050 bei gleichbleibender demographischer Entwicklung entwickeln?
 - a) Welche endogenen Ursachen sind nach Einschätzung der Bundesregierung für die aufgezeigte Entwicklung ursächlich?
 - b) Welche exogenen Ursachen sind nach Einschätzung der Bundesregierung für die aufgezeigte Entwicklung ursächlich?

Die Fragen 1 bis 2b werden gemeinsam beantwortet.

Namibia und Deutschland haben den Schwerpunkt „Schutz unserer Lebensgrundlagen – Umwelt und natürliche Ressourcen“ für ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit vereinbart. Dies schließt eine begrenzte, vor allem Finanzielle Zusammenarbeit im Aktionsfeld „Wasser“ ein. Ziel dieser vereinbarten Zusammenarbeit ist die Entwicklung und Umsetzung nachhaltiger Lösungen für die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung von Abwasser.

Namibia ist eines der trockensten Länder Afrikas. Mehr als 80 Prozent der Landesfläche sind von Wüste oder Halbwüste bedeckt und das Land ist regelmäßig von extremen und langanhaltenden Dürreperioden betroffen. Die nutzbaren Trinkwasservorräte sind ungleich verteilt und noch verfügbare Potenziale lediglich an den ständig Wasser führenden Flüssen im nördlichen und südlichen Grenzgebiet des Landes zu finden. Das Wasser dieser Flüsse, Kunene, Okavango, Sambesi und Oranje, muss mit den Nachbarländern (Angola, Botswana, Sambia, Südafrika) geteilt werden. Das Grundwasser des Landes ist regional

stark salzhaltig und damit z. T. ungenießbar bzw. bedarf es einer technisch aufwändigen und teuren Behandlung. Potenzial besteht noch bei tiefen, bisher nur z. T. erkundeten Grundwasservorkommen im Norden des Landes, die ebenfalls mit dem Nachbarland Angola geteilt werden müssen.

Rund 90 Prozent der namibischen Bevölkerung haben Zugang zu Trinkwasser. Hierbei bestehen Unterschiede zwischen ländlichen (durchschnittlich 85 Prozent) und urbanen (rund 98 Prozent) Gebieten. Unter den ärmsten Bevölkerungsteilen haben – regional stark unterschiedlich – nur ca. 50 Prozent Zugang zu Trinkwasser.

Die krisenhafte Wassersituation in Namibia wird durch den Klimawandel verschärft. Im größten Teil des Landes ist die potenzielle Verdunstungsrate mindestens fünfmal höher als der durchschnittliche jährliche Niederschlag. Mit der Erhöhung der Durchschnittstemperaturen wird die Grundwasserneubildung in Zukunft noch begrenzter sein. Unzureichende strategische Planung im Wassersektor sowie durch eine Wirtschafts- und Haushaltskrise bedingte Investitionsstaus bei der Wartung und Erweiterung der Wasserversorgung haben in den letzten Jahren zu einer Verschlechterung der Situation beigetragen.

- c) Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung die aufgezeigte Entwicklung (bitte nach Projekten und Programmen der staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit, Projektnummer, Laufzeit, Finanzierungsvolumen, konkreter Ober- und Unterzielsetzung sowie Durchführungsorganisation bzw. Träger aufschlüsseln)?

Es wird auf die Anlage verwiesen.

Die Zielsetzungen der geförderten Maßnahmen ergeben sich in der Regel aus dem jeweiligen Projekttitel, worauf verwiesen wird. Des Weiteren enthält die deutsche Meldung der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance – ODA) an den Entwicklungsausschuss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (<https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=crs1>) zusätzliche Informationen zum Zweck und zu der Zielsetzung der jeweiligen Vorhaben. Die ODA-Daten liegen bis einschließlich 2018 vor.

Hinsichtlich der Angabe der Projektnummer der Vorhaben wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung zur Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf Bundestagsdrucksache 19/16828 verwiesen.

3. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die gegenwärtige Ernährungssituation der Bevölkerung in der Republik Namibia, und wenn ja, welche?
4. Wie wird sich nach Einschätzung bzw. Bewertung der Bundesregierung, unter Berücksichtigung einer langfristig definierten Entwicklungszusammenarbeit und den damit verbundenen notwendigen Voraussetzungen (Theorie des Wandels), die Ernährungssituation in der Republik Namibia bis zu den Jahren 2030, 2040, 2050 bei gleichbleibender demographischer Entwicklung entwickeln?
 - a) Welche endogenen Ursachen sind nach Einschätzung der Bundesregierung für die aufgezeigte Entwicklung ursächlich?
 - b) Welche exogenen Ursachen sind nach Einschätzung der Bundesregierung für die aufgezeigte Entwicklung ursächlich?

Die Fragen 3 bis 4b werden gemeinsam beantwortet.

Die auf kommunalem Land stattfindende Agrarwirtschaft spielt in der Ernährung der ländlichen Bevölkerung eine entscheidende Rolle. Produktivität und Wirtschaftlichkeit der kleinflächigen Betriebe sind oftmals gering, aufgrund fehlender Erntetechnologien werden erhebliche Lagerungs- und Nachernteverluste erlitten und lange Transportwege erschweren die Vermarktung. Weitere Defizite sind die ungenügende Diversifizierung landwirtschaftlicher Produktion, unzulängliches Boden-, Weide- und Wassermanagement sowie ungenügende Förderung von innovativen Geschäftsmodellen. Zudem wirken sich die Folgen des Klimawandels negativ auf Landnutzung und Nahrungsmittelproduktion aus. Besonders arme Haushalte und Kinder sind vom Mangel an abwechslungsreicher Nahrung betroffen und ernähren sich überwiegend vom Grundnahrungsmittel Mais.

Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organization of the United Nations, FAO) stuft gegenwärtig 425.000 der ca. 2,5 Millionen Namibierinnen und Namibier als schwerwiegend ernährungsunsicher ein, für 650.000 ist die Ernährungslage stark angespannt. Circa ein Drittel der Bevölkerung erhält Nahrungsmittelhilfe.

Gängige Klimamodelle prognostizieren für Namibia eine weitere Verschlechterung der klimatischen Bedingungen u. a. durch extreme Wetterereignisse mit entsprechend negativen Konsequenzen (Ernteausfälle, Schädlingsplagen, Bodenerosion und -auslaugung, etc.) für die Primärproduktion und damit für die Ernährungssituation.

- c) Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung die aufgezeigte Entwicklung (bitte nach Projekten und Programmen der staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit, Projekt Nummer, Laufzeit, Finanzierungsvolumen, konkreter Ober- und Unterzielsetzung sowie Durchführungsorganisation bzw. Träger aufschlüsseln)?

Es wird auf die Anlage und die Antwort zu Frage 2c verwiesen.

5. Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die gegenwärtige Energieversorgung der Bevölkerung sowie die Energieversorgung der Wirtschaft in der Republik Namibia, und wenn ja, welche?
6. Wie wird sich nach Einschätzung der Bundesregierung, unter Berücksichtigung einer langfristig definierten Entwicklungszusammenarbeit und den damit verbundenen notwendigen Voraussetzungen (Theorie des Wandels), die Energieversorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft in der Republik Namibia bis zu den Jahren 2030, 2040, 2050 bei gleichbleibender demographischer Entwicklung entwickeln?
 - a) Welche endogenen Ursachen sind nach Einschätzung der Bundesregierung für die aufgezeigte Entwicklung ursächlich?
 - b) Welche exogenen Ursachen sind nach Einschätzung bzw. Bewertung der Bundesregierung für die aufgezeigte Entwicklung ursächlich?

Die Fragen 5 bis 6b werden gemeinsam beantwortet.

Namibia und Deutschland haben den Schwerpunkt „Verantwortung für unseren Planeten – Klima und Energie“ für ihre entwicklungspolitische Zusammenarbeit vereinbart. Ziele dieser Zusammenarbeit sind, einen Beitrag zu einer klimafreundlichen, zuverlässigen und kosteneffizienten Stromversorgung zu leisten und die Voraussetzungen zur Versorgung ländlicher Regionen mit dezentralen erneuerbaren Energien (EE) zu verbessern.

Die natürlichen Bedingungen in Namibia mit ca. 300 Sonnentagen pro Jahr sind außergewöhnlich gut. Obwohl Namibia über dieses große Potential für EE verfügt, werden nur 30 Prozent der jährlichen Stromnachfrage aus lokaler Erzeugung bereitgestellt. Die verbleibenden rd. 70 Prozent des Strombedarfs werden weitestgehend über (Kohle-)Stromimporte aus Südafrika gedeckt.

Aufgrund der großen sozialen Unterschiede ist der Zugang zu Energie in Namibia sehr ungleich verteilt. Nach UN-Angaben hatten im Jahr 2017 lediglich 53 Prozent der Bevölkerung Zugang zu Strom, 77 Prozent in den Städten und 29 Prozent in den ländlichen Gebieten. Das Stromnetz konzentriert sich auf verhältnismäßig dicht bevölkerte Gebiete. Die ländlichen Gebiete sind unterversorgt oder nicht ans Stromnetz angeschlossen.

Namibia plant bis zum Jahr 2030 gemäß der „Vision 2030“ insgesamt 70 Prozent seines Strombedarfs aus EE lokal bereitzustellen. Zur Erreichung dieses Ziels wurden Reformen zur Schaffung eines diversifizierten und effizienten Strommarktes erlassen, in dem privatwirtschaftliches Engagement und damit die Liberalisierung des Strommarktes ermöglicht wird. Die vorteilhaften Ressourcen Namibias, der (teil-)liberalisierte Strommarkt und kostendeckende Stromtarife machen Investitionen attraktiv.

Die namibische Regierung plant auch den Ausbau des Stromnetzes in den ländlichen Gebieten. Aufgrund der Größe des Landes und der geringen Bevölkerungsdichte ist ein flächendeckender Ausbau des nationalen Netzes in dünn besiedelte ländliche Regionen aber nicht wirtschaftlich. Für diese Regionen werden dezentrale EE-Lösungen, wie z. B. Inselnetze oder netzunabhängige Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) favorisiert.

- c) Mit welchen Maßnahmen unterstützt die Bundesregierung die aufgezeigte Entwicklung (bitte nach Projekten und Programmen der staatlichen und nichtstaatlichen Entwicklungszusammenarbeit, Projektnummer, Laufzeit, Finanzierungsvolumen, konkreter Ober- und Unterzielsetzung sowie Durchführungsorganisation bzw. Träger aufschlüsseln)?

Es wird auf die Anlage und die Antwort zu Frage 2c verwiesen.

Anlage zur Antwort der Bundesregierung auf die Fragen 2 c), 4 c) und 6 c) der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD "Deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit der Republik Namibia – Versorgungslage der Bevölkerung in den Sektoren Wasser, Nahrung und Energie"					
Maßnahme	Laufzeit (Format: Monat/Jahr - Monat/Jahr)	Volumen (Euro)	Oberziel	Unterziele	Durchführungsort Organisation / Träger
Staatliche Entwicklungszusammenarbeit					
Frage 2 c) Wasser					
Trinkwassersicherung Windhuk (Begleitmaßnahme)	12/19-laufend	1.500.000,00	Durch die Behandlung von Abwasser zur direkten Aufbereitung zu Trinkwasser und die Steigerung der Wasserressourceneffizienz ist die nachhaltige Bewirtschaftung lokaler Wasserquellen verbessert.	Die finanzielle und technische Effizienz der städtischen Wasserver- und Abwasserentsorgung ist verbessert. Die Wasserverlustreduzierung der Stadt Windhuk ist verbessert.	KfW, Stadt Windhuk
Frage 4 c) Nahrung					
Wettbewerbsfähige und klimaresiliente Agrar- und Ernährungswirtschaft in Namibia	10/2020-05/2024	8.300.000,00	Die Resilienz der Agrar- und Ernährungswirtschaft Namibias ist gesteigert.	Der fachliche und regulatorische Rahmen für die kleinbäuerliche klimaangepasste Saatgutproduktion ist verbessert. Die Kompetenzen der Kleinbäuerinnen und -bauern sowie der landwirtschaftlichen Beratungsstruktur zu klimaangepasster Landwirtschaft sind verbessert. Die Betriebsmanagement- und Vermarktungskapazitäten von lokalen agrarbasierten Unternehmen sind gestärkt. Das Wissen über ausgewogene Ernährung von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren der Agrar- und Ernährungswirtschaft ist verbessert.	GIZ, Ministerium für Landwirtschaft, Wasser und Landreform
Frage 6 c) Energie					
Grüne Bürgerenergie - Namibia	08/2020-09/2022	4.000.000,00	Die Voraussetzungen, ländliche Regionen Afrikas mit dezentralen erneuerbaren Energien zu versorgen, sind unter der Beteiligung von Bürgerinnen, Bürgern und Unternehmen verbessert.	Das Aus- und Fortbildungsangebot im Bereich dezentrale erneuerbare Energieversorgung, der Zugang zu Unterstützungsangeboten für Unternehmen und soziale Einrichtungen und die Skalierung von Investitionen in dezentrale erneuerbare Energien werden verbessert.	GIZ

